

## **Bericht des Bürgermeisters zur Gemeindevertretung am 22.10.2019**

### **B Plan 4 Haselau**

Guten Tag Herr Wiese,

die letzte Vorabstimmung ist ebenfalls positiv verlaufen. Die untere Naturschutzbehörde konnte – natürlich im Vorwege, ohne Kenntnis des Entwurfs der B-Plan-Änderung – nichts feststellen, was gegen das Vorhaben spricht. Frau Abts regte zunächst Fledermausuntersuchungen am Gebäude an. Ich habe ihr gesagt, dass das Gebäude nicht abgerissen wird, sondern dass der neue Teil angebaut werden soll. Daraufhin erklärte sie, dass die Fledermausuntersuchungen nicht nötig sind.

Der Entwurf der B-Plan-Änderung ist bei uns in Arbeit.

Mit freundlichem Gruß  
Birgit Möller

### **Erschließungsuntersuchung B Plan 4 a Kleiner Landweg**

**Betreff:** 17004 Haselau Bebauungsplan 4a, Videobefahrung Gewässerverrohrungen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Fa. Vollert hat im Auftrag der Gemeinde Haselau mit der Befahrung der Rohrleitungen in dem Kleinen Landweg begonnen. Hierbei handelt es sich um die Gewässerverrohrungen z. T. 17, 17 a und z. T. 18 des Sielverbandes Haselau-Haseldorf. Die Spülung erster Abschnitte der Rohrleitungen hat eine starke Verschlammung und ölige Rückstände aufgezeigt. Fa. Vollert hat uns freundlicherweise sofort erste Fotos übersandt, siehe Anlage. Die optische Wahrnehmung wird durch den Geruch nach Öl bestätigt.

Wir haben die Arbeiten vorerst einstellen lassen. Die Entsorgung des bislang aufgenommen Spülgutes wird noch geklärt.

Da wir zwischenzeitlich einen Anruf des Kreises Pinneberg erhalten haben, erlauben wir uns, die dortige Sachbearbeiterin in cc zu setzen.

Wir bitten um Abstimmung der weiteren Vorgehensweise.

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Dipl.-Ing. Kerstin Ott

### **Fortschreibung der Wohnbevölkerung**

31.12.2018 1063 davon 533 Frauen

31.12.2019 1062 davon 534 Frauen

### **Gewerbesteuerumlage**

Anlage 1

#### **Katzenelend**

Es liegt die Auswertung der Frühjahrsaktion 2019 und ein Bericht zur geplanten Herbstaktion vor. In der 1. Aktion sind 762 Katzen in schl.H. kastriert worden, im Kreis Pinneberg 25, davon 13 w. Es beteiligen sich 65 % der Kommunen, es standen 90.000 € zur Verfügung.

### **Klimaschutzprogramm der Landesregierung**

Das K. des Landes bis 2030 habe ich allen Mitgliedern der GV übersandt, hier darüber zu berichten, würde den Zeitfaktor überschreiten.

### **Kitareform**

Anlage 2

### **Haushaltserlaß 2020**

Habe ich allen Mitgliedern der GV übersandt

Das Land empfiehlt, die umsichtige Haushaltspolitik fortzuführen und neue Defizite zu vermeiden.

Der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer soll von 1,356 Mio € auf 1,411 Mio € steigen.

Der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer von 2018 Mio € auf 197 Mio € sinken. Der Anteil der Gewerbesteuerumlage zum Aufbau Ost soll sinken.

### **Kommunaler Finanzausgleich**

Anlage 3 Resolution des Gemeindetages

### **Legionellen**

Hallo zusammen,

es gibt sehr schlechte Nachrichten. Es wurden in der Grundschule über 25.000 KBE/100 ml gemessen. Laut Kreis müssen Grundschule und Betreuungsschule umgehend mit Filtern ausgerüstet werden.

Die Firma Wiechers hat Filter vorrätig und wird diese morgen früh ab 7.00 Uhr montieren (rund 20 Stück). Einen Info-Aushang wird Fa. Wiechers auch gleich mit aufhängen.

@Bauhof, Firma Wiechers wird sich bezüglich des Zugangs bei euch melden.

Mit freundlichen Grüßen

Darüberhinaus gibt es Legionellen in der Turnhalle in Haseldorf. Die Bürgermeister haben entschieden auf Investitionen bis zu 30000 € zur Bekämpfung zu verzichten im Hinblick auf die anstehende Sanierung. Die Wasserversorgung für die Duschen wurden abgeklemmt, vor den WC wurde ein neuer Kaltwasserstrang zu den neu angebrachten Waschbecken verlegt. Für die Schule wurde Filteranlagen vor den Waschbecken eingebaut.

Medienbericht, der Meeresspiegel könnte stärker steigen als bisher angenommen. Der Bericht wurde allen Mitgliedern übersandt. Unsere Deiche schützen uns in der Marsch, wir erwarten, dass die Deichsicherheit gewährleistet bleibt. Dazu gehören auch solche „Kleinigkeiten“ wie Nutriabfall und Gefährdung des Deiches durch aufschwimmende Baumstämme.

### **Nutriabfall**

Hallo Herr Broeker,

die Gespräche mit dem Elbmarschenhaus (Jagdreht südl. Pinnaumündung) sowie dem Grafen von Kielmannsegg (Jagdreht nördl. Pinnaumündung) wurden geführt, leider habe ich versäumt Sie über das Ergebnis dieser Gespräche zu informieren.

Im Ergebnis hat der LKN.SH die Zustimmung im Mündungsbereich die Nutrias Population zu bejagen. Ein Mitarbeiter vom Pinnausperrwerk Herr Tim Behnke besitzt bereits für das Hinterland eine Jagdberechtigung und wird im Mündungsbereich

ebenfalls entsprechend tätig. Im Hinblick auf die touristische Nutzung des Elberadweges wird z.Zt. darauf verzichtet mit der Waffe zu jagen. Hinzu kommt, dass man bei normalen Tideverläufen die Nutrias kaum zu Gesicht bekommt. Mit Beginn der Sturmflutsaison wird sich diese Situation sicherlich verändern, da bei erhöhten Wasserstände die unterirdischen Bauten geflutet werden.

Anlässlich der anstehenden Deichschau in der Seestermüher und Haseldorfer Marsch werde ich die Problematik mit der zunehmenden Nutria Population erneut thematisieren und um jagdliche Unterstützung bitten.

Gruß

Siegfried Bornholdt

### **Regionalpläne**

Sehr geehrte Frau Ehmke,  
sehr geehrte Herren,

anbei übersende ich Ihnen die Präsentationen der Workshops zur Neuaufstellung der Regionalpläne vom 17. und 18.09.2019. Separat übersende ich eine Übersicht über das weitere Vorgehen der Landesplanungsbehörde und einen möglichen Zeithorizont zur Neuaufstellung der Regionalpläne. Demnach ist die Vorstellung der ersten Entwürfe der Regionalpläne für das 1. Quartal 2021 vorgesehen.

In den Diskussionen zur Neuaufstellung wurden insbesondere die interkommunale Zusammenarbeit, der bedarfsgerechte Wohnungsbau sowie die verkehrliche Infrastruktur als Schwerpunkte herausgearbeitet.

In der Präsentation aus Henstedt-Ulzburg ist ab Folie 87 zudem ein Ausblick auf die Themen Naherholung und Tourismus in einem Großteil der amtsangehörigen Gemeinden zu finden.

Die Landesplanungsbehörde hat die Gemeinden und Kreise ermuntert, weitere Informationen, Wünsche und Anregungen zu den Regionalplänen mitzuteilen. Mehrere amtsangehörige Gemeinden haben bereits im Rahmen der Beteiligung zur Neuaufstellung des Landesentwicklungsplanes die Gelegenheit genutzt und ihre Anliegen für die Regionalpläne vorgetragen. Sollten darüber hinaus Anregungen, Wünsche, usw. für die Regionalplanung bestehen, bitte ich Sie, diese mit Frau Pein, Herrn Müller oder mir zu besprechen. Anschließend kann eine entsprechende Rückkopplung an die Landesplanungsbehörde erfolgen.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

J.-Ch. Wiese

### **Altendeich Wetterweg / Siedlungsweg**

Die Unterhaltungsarbeiten sind bis auf den Siedlungsweg abgeschlossen. An der Grabenseite wird die Rißsanierung in der 1. Novemberwoche durchgeführt. Auf der Häuserseite wird das Breitbandkabel im Frühjahr in offener Bauweise verlegt. Der vorhandene Flicker wird insgesamt aufgenommen und nach der Verlegung wieder

asphaltiert hat mir die bauausführende Firma mitgeteilt. Somit wird verhindert, dass Asphaltflicken nebeneinander entstehen und damit Abbrüche vorhersehbar sind. Die Abnahme durch den WUV wird am 8.11.2019 erfolgen, sollten Beschwerden eingehen, wird gesondert in der Gemeinde die Begehung durchgeführt. Also, wer Mängel festgestellt hat, möge sie mir mitteilen.

### **Altglascontainer Siedlungsweg**

Es liegt eine Beschwerde vor, dass kein Hinweis auf die Füllzeiten angebracht sind und dass ein Container teilweise auf der Straße steht. Mit der GAB hatte ich einen Ortstermin. Es wurde zugesagt, dass ein Schild mit den Füllzeiten angebracht wird. Mit den Fahrern ist noch abzustimmen, ob der eine Container in der vorhandenen Aufstelllinie nach hinten aufgestellt werden kann. Hier erwart ich noch eine Rückmeldung.

### **Deekenhörn**

Wie mir das Amt heute mitteilte, wird von unserem Zuschußgeber, dem Verein für Naherholung, beanstandet, dass die WC Anlage nicht dauerhaft geöffnet ist und damit der Zuschuß in Frage gestellt wird.

Ich habe um die Übersendung des Schriftverkehr gebeten und um ein Gespräch gebeten. Sollte eine dauerhafte Öffnung Voraussetzung für den Zuschuß sein (ca 3000 €) würde dieser bei einem angenommenen wöchentlichen Reinigungsintervall fast aufgebraucht sein. Hier bleibt das weitere Verfahren abzuwarten.

Aut. 1

## Medien-Information

---

18. September 2019

---

### **Regierungssprecher Peter Höver zu den Gesprächen über künftige Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen**

KIEL. Zu den Gesprächen über die künftigen Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen erklärte Regierungssprecher Peter Höver heute (18. September):

„Das den Gesprächen zu Grunde liegende Gutachten stellt zunächst fest, dass Land wie Kommunen unterfinanziert sind. Bund und Länder haben beschlossen, dass die Kommunen ab 2020 dauerhaft und strukturell bei der Gewerbesteuerumlage entlastet werden. Dies bedeutet, dass den Kommunen in Schleswig-Holstein ab dem kommenden Jahr 130 Millionen Euro mehr zur Verfügung stehen werden.

Das Land hat den Kommunen in den bisherigen Gesprächen dennoch weitere Mittel in Aussicht gestellt, um deren Finanzausstattung dauerhaft und strukturell aufzubessern.

Nicht nachvollziehbar ist die Darstellung aus dem Kreis der Kommunen, Empfängern von Leistungen der Sozialhilfe drohten Kürzungen. Das ist nicht der Fall. Das Land wird auch in Zukunft die an die Kommunen übertragenen Aufgaben in diesem Bereich zu 100 Prozent finanzieren.“

Anal. 2

# Pressemitteilung

---

Pressemitteilung des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages

Herausgeber: Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag, Reventlouallee 6, 24105 Kiel  
E-Mail: info@shgt.de Internet: www.shgt.de

Telefonische Rückfragen: (0431) 570050-50 oder 0173/6050741

---

Kiel, den 27. September 2019

## **Kita-Reform bringt für viele Kommunen Belastung statt Entlastung: Steuererhöhungen drohen**

„Durch die Kita-Reform drohen in vielen Kommunen Steuererhöhungen. Denn die neue Kita-Finanzierung führt für viele Gemeinden zu einer zusätzlichen finanziellen Belastung statt der versprochenen Entlastung“, warnte **Jörg Bülow**, Landesgeschäftsführer des Schleswig-Holsteinischen Gemeindetages anlässlich der ersten Lesung der Kita-Reform im Landtag. Damit scheitere die Reform an einem der drei wichtigen Ziele.

„Wir fordern den Landtag auf, die Kita-Reform nur mit erheblichen Änderungen zu verabschieden. Das neue Finanzierungssystem muss viel einfacher und transparenter werden. Die Gemeinden dürfen nicht zusätzlich mit den Kosten der Tagespflege belastet werden. Konstruktive Vorschläge der Gemeinden liegen zu allen wichtigen Punkten vor“, so **Bülow** zu den Forderungen der Gemeinden für das anstehende Gesetzgebungsverfahren.

Viele Gemeinden hätten große Sorge vor mehr Bürokratie, weniger Flexibilität und steigenden Kosten bei der Kinderbetreuung, erläuterte **Bülow**. Dies habe bereits jetzt den Ausbau der Kinderbetreuung gebremst. Die Gemeinden hätten das Gefühl, dass die Landespolitik die drohende finanzielle Überlastung der Kommunen und die kommunale Sorge um den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung nicht ernst nehme.

Der Gemeindetag erläuterte, viele Gemeinden hätten mit Hilfe der Berechnungstools des Landes die Wirkungen der Reform durchgerechnet. Die überwiegende Mehrheit komme zum Ergebnis, dass sie mit dem neuen Finanzierungssystem höhere Kosten hätten als im bisherigen System. Die Landesregierung habe für dieses Problem weder eine Antwort noch eine Lösung.

Prot. 3

## Resolution des Gemeindetages:

# Die Kommunen jetzt stärken!

### Worum geht es ?

**Lebensqualität, Infrastruktur und Zusammenhalt:** In den kommenden Wochen entscheidet sich, wie gut sich die Gemeinden in den nächsten Jahren um diejenigen Aufgaben kümmern können, die für die Menschen besonders wichtig sind: Schule, Kita, Straßen, Feuerwehren, Klimaschutz, Sportanlagen, Kultur, Integration und Soziale Fürsorge.

Die Menschen **vertrauen** von allen staatlichen Ebenen am meisten den Gemeinden und **den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern**. Die Gemeinden müssen dieses Vertrauen rechtfertigen können. Dafür brauchen sie **finanzielle Handlungsfähigkeit**.

### Wo ist das Problem ?

- Das Gutachten zum kommunalen **Finanzausgleich** hat festgestellt:
  - Die Kommunen sind **unterfinanziert**, sie bräuchten zur Erfüllung ihrer Aufgaben deutlich mehr Geld.
  - Die Aufteilung der verfügbaren Steuermittel zwischen Land und Kommunen erfolgt **ungerecht zulasten der Kommunen**.
  - Eine gerechte Verteilung des Steueraufkommens erfordert eine **Erhöhung** des kommunalen Anteils an den Steuereinnahmen (Verbundsatz im Finanzausgleich).
- Die Landesregierung hat eine finanzielle Entlastung der Kommunen bei der **Kinderbetreuung** versprochen. Der Gesetzentwurf zur Kita-Reform bewirkt für viele Gemeinden aber das Gegenteil, nämlich **höhere Kosten und mehr Bürokratie**.
- Die **Integration** der Flüchtlinge wird durch den sog. Integrationsfestbetrag unterstützt. Diesen will das Land ab 2020 von 17 Mio. € auf 5 Mio. € pro Jahr kürzen.

### Was ist zu tun ?

Die Gemeinden wollen eine **faire Vereinbarung** mit dem Land. Bei aktuellen Gesetzen **muss der Landtag handeln**.

- Das **Urteil des Landesverfassungsgerichts** und das **Gutachten zum Finanzausgleich** müssen Konsequenzen haben. Die ungerechte Verteilung der Mittel muss beseitigt werden. Die **Kommunen** benötigen also einen **größeren Anteil der Steuereinnahmen**. Dafür ist eine **Anhebung des Verbundsatzes im FAG** notwendig. Dies kann in mehreren Schritten erfolgen.
- Das Land muss für eine Entlastung aller Gemeinden bei der Finanzierung der Kindertagesstätten sorgen. Nur dann ist der weitere Ausbau der Kinderbetreuung leistbar. Dafür ist der **Gesetzentwurf zur Kita-Reform** an entscheidenden Stellen zu **ändern**. Zahlreiche konkrete Vorschläge der Gemeinden liegen vor. So geht es:
  - Das Land zahlt an die Kommunen nach Gruppenpauschalen (objektbezogen).

- Der kommunale Finanzierungsanteil der Tagespflege bleibt beim Kreis.
- Weniger Verwaltungsaufwand, insb. bei Bedarfsplanung und Trägerauswahl.
- Der geplante Wohngemeindeanteil ist zu streichen, die kommunale Finanzierung der Einrichtungen wird bei den Standortgemeinden konzentriert.
- Mehr Flexibilität, damit der Rechtsanspruch auf Betreuung erfüllt werden kann.
- Ein kommunaler Gesamtfinanzierungsanteil von einem Drittel bleibt das Ziel.
- Die für 2020 geplanten finanziellen **Kürzungen** durch das Land gegenüber den Kommunen in den Bereichen **Integration** und **Soziales** sind zu **verhindern**. Bund und Land dürfen die **Kommunen bei der Integration nicht alleine lassen!**

### **Fazit**

Die Bürgerinnen und Bürger haben berechtigte Erwartungen an **leistungsfähige Gemeinden**.

Es ist Aufgabe des Landes, für diese Leistungsfähigkeit der Gemeinden zu sorgen. Die **Gleichrangigkeit der Aufgaben von Land und Kommunen** muss beachtet werden.

### **Die Gemeinden erwarten vom Land:**

- Eine nachhaltige finanzielle Stärkung der Gemeinden durch eine Anhebung des Verbandsatzes im Finanzausgleich muss vereinbart werden.
- Die Sorgen der Gemeinden vor zusätzlichen Mehrbelastungen bei der Kinderbetreuung dürfen nicht länger ignoriert werden.
- Angedrohte Kürzungen bei der Integration muss das Land zurücknehmen.

Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag  
 Reventlouallee 6  
 24105 Kiel  
 info@shgt.de  
 www.shgt.de

**Beschluss des Landesvorstandes des SHGT vom 26. September 2019**